

Leserbriefe

Endlich fertig mit Abholen

Zu «Volk lehnt Stadionkredit klar ab, Fontana will am Projekt festhalten», SN vom 9. 3.

Die Stadtschaffhauser haben genug vom Stemma von «grossen Kisten» wie KBA Hard, Hallen für Neue Kunst usw. In Zeiten von Sparpaketen geriet die Idee eines wirtschaftlich orientierten Sportclubs, bei der Stadt einen Millionenbeitrag für ein Stadionbauprojekt «abzuholen», wenig überraschend in den falschen Hals der Stimmbürger. Die Gemeindepräsidenten ihrerseits kämpften für den Beibehalt der ewig sprudelnden Geldquelle aus Nachlässen. Die Gebührenbelastung für Hinterbliebene ist bei uns nämlich zurzeit bis dreimal so hoch wie bei unseren Zürcher Nachbarn. Es war in einer agrarischen Gesellschaft vielleicht richtig, bei der erbrechtlichen Teilung von Landwirtschaftsbetrieben durch Erbschaftsbehörden auf gute Teilungslösungen hinzuwirken. Seither sind mehr als hundert Jahre vergangen. Die jahrzehntelange grundlose «Abholerei» der Gemeinden aus Nachlässen hat nun ebenfalls ein Ende.

Die perfideste Abholaktion wurde bei der Baugesetzrevision gestoppt. Auf meinen Leserbrief in den SN vom 10. Februar kam postwendend die Aufklärung aus dem Pro-Komitee: «Es ist vor allem eine Finanzvorlage.» Es gehe nämlich ums Abholen von Bundesgeldern. Aha: also nicht «Energie sinnvoll nutzen und Kosten sparen», sondern: abholen in Bern. Das überparteiliche Komitee «Baugesetz Ja» propagierte also eine Finanzvorlage unter dem ökologischen Deckmantel.

Felix Hunziker-Blum
Schaffhausen

Risiko bei Syrienflüchtlingen

Zu «Schweiz nimmt Syrer auf», SN vom 7. 3.

Wenn man jemandem zu Hilfe eilt, geht die eigene Sicherheit vor. Für das Asylwesen soll das nicht gelten? Die geplante Öffnung der Grenzen für Syrer ist ein Akt der Selbstgefährdung für unser Land. Für die Folgen wird später niemand die Verantwortung übernehmen. «Das hat niemand voraussehen können.» Hilfe vor Ort ist die sichere Lösung. Dagegen ist kaum jemand.

Peter Muggli
Schaffhausen

Wo geht es zum Munot?

Zu «Gedämpfte Stimmung vor Saisonbeginn», SN vom 19. 3.

Während alles getan wird, um Touristen an den Rheinfall zu bringen (ab Schifflande mit dem Mändli-Express und ab dem Bahnhof mit der Linie 1 der Verkehrsbetriebe), fehlt am Bahnhof jeglicher Hinweis, wie man zum Munot kommt, sei es mit dem Bus oder zu Fuss. Es haben uns schon manchmal Touristen vor dem Munot angesprochen und gesagt, sie hätten Schwierigkeiten gehabt, den Weg dahin zu finden.

Warum ist die Buslinie 1 mit «Rheinfall» angeschrieben, hingegen die Linie 4 nicht mit «Munot»?

Hanspeter Meister
Schaffhausen

Klares Nein zu Fracking

Zu «Fracking: Der Bodensee wieder im Fokus», SN vom 17. 3.

Der Artikel über Fracking stimmt nicht nur mich nachdenklich. Es gibt offenbar ein beträchtliches politisches (lies: finanzielles) Interesse, dass unser Trinkwasserreservoir Bodensee/Rhein verschmutzt wird von irgendwelchen ausländischen Unternehmern. Derweil lehnt sich das Schlafwagenabteil des Ständerates genüsslich und gelangweilt zurück mit der Devise, die Pläne und Forderungen seitens der britischen Unternehmungen seien in der Zwischenzeit hinfällig geworden. Dies, obwohl lange schon die nächsten Unternehmen in der Schlangewartung, den Bodensee totzufracken. Ist ja nicht unser Problem, sondern Deutschlands? Es ist jedoch genauso unser Problem. Als Schweiz und Anrainerstaat sowie als Betroffene müssen wir klar Stellung beziehen, auch für kommende Generationen. Schweiz, Bundesrat, Ständerat und Kantone, erachtet aus dem Tiefschlaf und wehret den Anfängen. Es gibt nur ein klares Nein zu Fracking. Ich bin überzeugt, dass wir die Wende mit Bravour schaffen. Es gibt genug Möglichkeiten zur Energiegewinnung. Im Ausland befindet sich bald auf jedem zweiten Dach eine Solarstromanlage. In Braunschweig fahren Elektrobusse, die mittels Induktion wieder mit Strom aufgeladen werden. Niemand braucht das Fracking, es sind rein finanzielle Interessen vorhanden. Der zynische Satz zum Schluss: Die Schweiz könnte sich ja anbieten, die giftige Fracking-Schlacke zusammen mit dem Atommüll in Benken zu entsorgen.

Heidi Klingler
Schaffhausen

Mehr Fahrziele als nur Zürich

Zu «Aus Gächlingen kommt geharnischter Protest», SN vom 12. 3.

Leider wurde die Bevölkerung nur sehr spärlich auf den Info-Abend aufmerksam gemacht! Zu unserer grossen Enttäuschung war Regierungsrat Reto Dubach nicht anwesend. Wir sind aber überzeugt, dass er, sowie andere Personen, die mitentschieden haben, und Leute, die den ÖV selten bis gar nicht benutzen, spätestens bei der Einweihungsfeier der Linie 29 anwesend sein werden. Meistens gibt es bei solchen Anlässen einen vom Kanton (Steuerzahler) offerierten Apéro, man wird fotografiert und kann sich dann freudestrahlend den Medien präsentieren. Zu den Infos möchten wir nicht mehr gross Stellung nehmen, nur, dass mehrmals der Halbstundentakt nach Zürich als riesiger Vorteil erwähnt wurde. Das ist sicher nicht schlecht; doch ist sich die Regierung auch bewusst, dass es noch andere Fahrziele gibt? Vielleicht haben die Planer noch nicht festgestellt, dass die meisten ÖV-Benutzer zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zum Arzt, zu kulturellen Anlässen etc. oder einfach in den Ausgang nach Schaffhausen oder in die Orte der Umgebung und nicht nach Zürich fahren.

Gabi und Heinz Krüsi
Gächlingen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.



Der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter bespricht sich mit Bundesrat Ueli Maurer. Diese Woche beriet der Nationalrat über das neue Nachrichtendienstgesetz – dabei standen die Fragen der Sicherheit und der persönlichen Freiheit im Zentrum. Bild Key

Sicherheit und Solidarität – die zentralen Themen dieser Woche

Beim diese Woche im Nationalrat beratenen Nachrichtendienstgesetz standen die Sicherheit und die persönliche Freiheit im Zentrum. Wer Sicherheit will, muss auch bereit sein, seine eigenen persönlichen Freiheiten etwas einzuschränken. Leider haben die letzten Jahre gezeigt, dass Bedrohungen heute vielfältig sind. Aktuelle Vorkommnisse wie Hackerattacken, Industriespionage, radikalisierende Menschen und Terroranschläge verlangen neue Massnahmen. Diese Bedrohungen sind auch bei uns aktuell; ich erinnere an die Festnahme der Terrorverdächtigen in Beringen. Wer den Behörden nicht die Mittel gibt, auf diese Bedrohungen adäquat reagieren zu können, lässt die Schweiz im Dunkeln stehen und riskiert, dass die Sicherheit der hier lebenden Menschen, unserer Wirtschaft und unseres Landes bedroht wird und wir schlussendlich noch attraktiv werden für organisiertes Verbrechen. Insofern war es unverständlich, dass die Linken und die Grünen immer wieder Anträge stellten, um diesem Gesetz die Zähne zu ziehen oder die Prozesse zu verlangsamen.

Wer nun glaubt, wir würden wieder ins Fichenzeitalter zurückfallen, und meint, seine E-Mails und Tätigkeiten würden nun ständig und ohne Systematik überwacht, ist auf dem Holzweg. Präventiv eine Überwachung einzuleiten, benötigt eine richterliche Genehmigung durch das Bundesverwaltungsgericht sowie eine politische Bewilligung und Freigabe durch den Bundesrat und dessen Sicherheitsaus-

In den letzten drei Sessionswochen wurde viel über Solidarität und Sicherheit gesprochen. Beide gehören zum Fundament, auf dem die Schweiz aufgebaut ist. Solidarität und Sicherheit haben die Schweiz weitergebracht und werden sie auch weiterbringen.

VON THOMAS HURTER

schuss. Datenerfassung, -haltung und Datenvernichtung wurden ebenfalls klar geregelt. Zusätzlich wird der Nachrichtendienst praktisch vierfach überwacht. Da die Tätigkeiten möglicher Täter oft über das Internet, soziale Netzwerke oder das Telefon gehen, musste auch die Kabelaufklärung zugelassen werden.

Mit dem Nachrichtendienstgesetz ist es gelungen, auf mögliche neue Be-

drohungen zu reagieren und trotzdem die Freiheit des einzelnen Bürgers hoch zu gewichten.

Das zweite staatstragende Element, die Solidarität, wurde diese Woche im Ständerat nicht respektiert. Der Ständerat lehnte es ab, die Geberkantone zu entlasten. Neun ressourcenstarke Kantone, darunter auch Schaffhausen, unterstützen ressourcenschwache Kantone finanziell. Im entsprechenden Bundesgesetz wurde geregelt, das Ziel sei, die Ressourcen des schwächsten Kantons auf 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts zu bringen – was heute in allen Kantonen erfüllt ist. Insofern drängt sich eine Anpassung auf. Eine Mehrheit im Nationalrat reduzierte die Beiträge um 134 Millionen von 2016 bis 2019, was für Schaffhausen Minderausgaben von jährlich 200 000 Franken bedeuten würde. Leider waren im Ständerat die Mehrheiten umgekehrt, sodass praktisch sämtliche Vertreter der Nehmerkantone weiterhin an den Abgaben festhalten wollten und die 85-Prozent-Regelung nicht so genau nahmen. Diese Art von «Solidarität» gefährdet die Zusammenarbeit der Kantone und stellt die Eigeninteressen über das gemeinschaftliche Wohl. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zum in Art. 2 der Bundesverfassung umschriebenen Zweck der Eidgenossenschaft, die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung und den inneren Zusammenhalt zu fördern. Es ist zu hoffen, dass dies in der nächsten Session korrigiert werden kann.

Thomas Hurter ist Schaffhauser Nationalrat (SVP).

Presseschau Terroranschlag in Tunesien

Das Massaker war ein Angriff auf die Lebensadern Tunesiens: die Tourismusindustrie, die Regierung und letztlich auch auf die internationale Ge-

Tunesien ist der Beweis, dass Demokratie und Islam durchaus miteinander vereinbar sind. Das können Dschihadisten nicht dulden. Das Land wird

Dennoch gab es die ganze Zeit über auch ein anderes Tunesien. Dieses zeigte sich auch nach dem Attentat auf das Bardo-Museum in den sozialen Medien, in

The New York Times

meinschaft. Der Anschlag zeigt, in welchem Ausmass die Extremisten, die in der Region immer mehr an Einfluss gewinnen, Tunesien bedrohen: das einzige Land, in dem der Arabische Frühling eine Erfolgsgeschichte war. (*New York Times*)

Le Monde

auch durch seinen Nachbarn im Osten destabilisiert. (...) In diesem beunruhigenden Umfeld ist es den Tunesiern hoch anzurechnen, dass sie ihren Übergang zur Demokratie fortsetzen, der in der arabischen Welt beispiellos ist. Die Tunesier strafen alle diejenigen Lügen, die behaupten, dass Araber nur zwei Regierungsformen kennen: die Militärdiktatur oder die Tyrannei der Islamisten. (*Le Monde*)

derStandard.at

denen der Schlag des Islamischen Staats – der sich am Donnerstag bekannte – als grosser Erfolg gefeiert wurde. Zu meinen, die Beteiligung der islamischen Ennahda-Partei an der Regierungsverantwortung hätte diesen radikalen Sektor besänftigt, ist naiv: Im Gegenteil, in vielen dschihadistischen Schriften werden die sogenannten moderaten Islamisten als die wahren Verräter genannt. (*Der Standard*)